Offene W. 47 Vorte

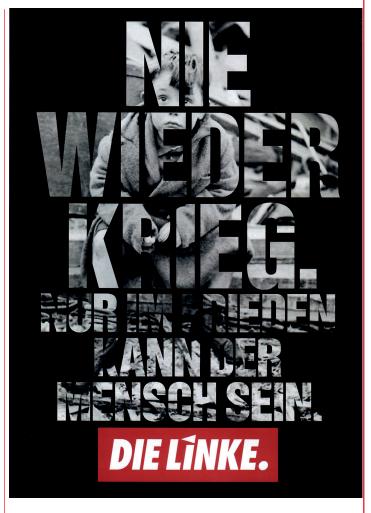
Zeitung der LINKEN für den Barnim 2. Sept. 2020, 30. Jahrg.

Am 1. September, am Weltfriedenstag, erinnerten wir auch in diesem Jahr an den Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges. Der Überfall auf Polen durch Nazi-Deutschland war Auftakt furchtbarer Verbrechen und eines Krieges, der große Teile der Welt verwüstete. Für DIE LINKE ist klar: Nie wieder darf von Deutschland Krieg ausgehen.

Während Trump die USA weiter auf einen Kurs unilateraler Geopolitik führt und sich die NATO-Partner Griechenland und Türkei am Bosporus mit militärischen Drohgebärden gegenüberstehen, hält die Bundesregierung weiter an dem 2 Prozent-Ziel der NATO fest.

Geplant ist unter anderem die Aufrüstung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen. Damit wird dem automatisierten Töten und der Verursachung ziviler Opfer der Kriegsführung weiter Vorschub geleistet. DIE LINKE lehnt die Anschaffung und Nutzung von Kampfdrohnen durch die Bundeswehr entschieden ab. Drohnen dienen niemals nur dem Schutz eigener Truppen. Kampfdrohnen sind Angriffswaffen, die unter anderem bei sogenannten gezielten Tötungen zum Einsatz kommen, bei denen es immer wieder zahlreiche zivile Opfer gibt. Von Kampfdrohnen ist der Weg hin zu tödlichen autonomen Waffensystemen unter dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz nicht mehr weit, was aus ethischen Gründen nicht vertretbar ist. DIE LINKE steht für eine Politik der Abrüstung und des Friedens und lehnt jede Form von Militarisierung ab.

Gerade jetzt in der Corona-Krise mit den daraus folgenden wirtschaftlichen



und sozialen Verwerfungen wird das Geld dringend für zivile Zwecke gebraucht. Militärische Aufrüstung können wir uns weniger leisten als jemals zuvor.

Katja Kipping und Bernd Riexinger, Vorsitzende der LINKEN 12. September, Bernauer Markt:

Mit Abstand – nah bei Ihnen

Die Fraktion DIF LINKE in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung lädt am 12. September auf dem Bernauer Wochenmarkt zu einer Sprechstunde ein. Auch wenn traditionsreiche Veranstaltungen, wie beispielsweise das "Rote Frühstück" coronabedingt abgesagt werden mussten, wollen die LINKEN unter dem Motto "Mit Abstand – nah bei Ihnen" trotz Pandemie weiter ins Gespräch kommen. Mit dem nötigen körperlichen Abstand freuen sich die Bernauer LINKEN auf interessante Gespräche und Anregungen. Die LINKEN werden ihren Stand von 10 bis 12 Uhr aufbauen. (mh)

> 7. September, Rathaus Panketal:

Filmabend der LINKEN

Am 7. September, 19 Uhr Rathaussaal Panketal: Wenige Tage vor dem 3. Oktober, als vor 30 Jahren mit dem vereinten Deutschland die DDR aufhörte zu existieren, zeigt DIE LINKE Panketal in Kooperation mit dem "kommunalpolitischen forum" die Dokumentation "Der letzte Tag der DDR" von der Filmjournalistin Burga Kalinowski. Sie wird an diesem Abend anwesend sein. Der Eintritt ist kostenlos.

LINKE: Alle Zeitfahrkarten um 2 Monate verlängern

SPD, Grüne und CDU lehnten am 27. August im Landtag Entschädigung für Fahrgäste ab

Einen Antrag auf eine Corona-Gutschrift für Fahrgäste des Öffentlichen Nahverkehrs stellte die LINKE am 27. August im Brandenburger Landtag. Dies ist von Regierungsfraktionen SPD, CDU und Grüne abgelehnt worden.

Wer während des Lockdowns eine Zugfahrt nach Hamburg oder München geplant hatte, brauchte keine Angst zu haben, auf den Kosten sitzen zu bleiben. Denn die Deutsche Bahn reagierte vorbildlich: Alle vor dem 13. März 2020 gekauften Fernverkehrstickets können flexibel und ohne Aufpreis bis zum 31. Oktober 2020 genutzt werden.

Im Brandenburger Nahverkehr sieht das ganz anders aus. Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) veranstaltet im September zwar "Mehrwert-Wochenenden", an denen Einzelfahrkarten als Tagestickets und Abos im ganzen Land gelten. So solle die Mehrwertsteuersenkung an die Fahrgäste weitergegeben werden. Aber eine Entschädigung für bezahlte Monats- oder Jahreskarten, die im März/April wegen eingeschränkter Fahrpläne und staatlicher Kontaktverbote oft wertlos waren, gibt es nicht.

DIE LINKE griff die Kritik von Fahrgast- und Verkehrsverbänden

sowie der Verbraucherzentrale auf und beantragte im Landtag, alle Zeitkarten (wie VBB-Abo-Umweltkarten, VBB-Abos Azubi, VBB-Firmentickets, VBB-Abos 65plus) kostenfrei um zwei Monate zu verlängern. Die Parlamentsmehrheit aus SPD, CDU und GRÜNEN lehnte das allerdings ab.

Dazu erklärt der verkehrspolitische Sprecher der Linksfraktion, Christian Görke: "Nicht nur die Verkehrsunternehmen, sondern auch viele treue Stammfahrgäste wurden durch den Lockdown hart getroffen. Ein Beispiel: Die

VBB-Umweltkarte einer klassischen Brandenburgerin, die nach Berlin zur Arbeit pendelt, kostet für Berlin ABC plus einen Landkreis im Jahresabo mindestens 1.348,30 Euro. Liegt die Karte zwei Monate ungenutzt herum, sind das rund 225 Euro für lau. Für eine Fachkraft in der Gastronomie, die gerade ihren Job verloren hat oder in Kurzarbeit steckt, ist das kein Pappenstiel. Unser Vorschlag hätte sie schnell, wirksam, unbürokratisch entschädigt und dazu beigetragen, sie dauerhaft als Fahrgast in Bahn und Bus zu halten. PM

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488 E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW am 6. September